



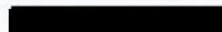
Wasser- und Abwasserverband Elsterwerda | Am Klärwerk 8 | 04910 Elsterwerda

Plan und Recht GmbH
Bauleitplanung, Entwicklungsplanung,
Regionalplanung
Oderberger Str. 40
10435 Berlin

Reg.-Nr.: 205/2025 Vorab-TÖB



per E-Mail: beteiligung@planundrecht.de



Aufstellung des Bebauungsplans "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland, div. Flurstücke von Flur 2 der Gemarkung Wainsdorf "Die vordersten Lange Stücke" (Feldbereich) in Elbe-Elster, Röderland OT Wainsdorf

Beteiligung der Behörden und TÖB entspr. BauGB zum Entwurf Juli 2025

hier: erneute Vorab-Auskunft / Leitungsauskunft / Ergänzung zur letzten Reg.-Nr. 090/2024
erneute Vorab-TÖB vom 09.04.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

entsprechend Ihrer Anfrage vom 18.07.2025 erteilt der Wasser- und Abwasserverband Elsterwerda die beiliegende erneute Vorab-Auskunft zu vorhandenen Ver- und Entsorgungsanlagen im angegebenen Bereich.

Die von Ihnen bereit gestellten Dateien wurden gedownloadet und geprüft. Daraus ergeben sich folgende Hinweise bzw. Ergänzungen:

Grundsätzlich behält die Reg.-Nr. 090/2024 erneute Vorab-TÖB vom 09.04.2025 weiterhin Ihre volle Gültigkeit. Die darin enthaltenen Forderungen und Hinweise müssen weiterhin berücksichtigt werden. Vorsorglich erhalten Sie im Anhang erneut einen Lageplan zur weiteren Verwendung und Orientierung, da sich das Plangebiet geändert hat.

Eventuelle Berührungspunkte mit Anlagen des Verbandes ergeben sich laut Ihren Unterlagen nicht. Hinsichtlich der geplanten Sichtschutzhecke im nördlichen Grenzbereich des Sondergebiets (mit Buchstaben A bezeichnete Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen) verweist der Verband vorsorglich auf die vorhandene Schmutzwasserdruckrohrleitung (siehe Lageplan). Diese, zum Teil im Schutzrohr verlegte, Druckleitung befindet sich Näherungsbereich. Empfehlenswert wäre ein Schutzstreifen im Bereich zu Anlagen des Verbandes bzw. die Einhaltung der empfohlenen Mindestabstände bei Bepflanzungen (Wurzelwerk) gem. technischen Hinweisen der DVGW GW 125 (M).

Eine trinkwasser- oder abwasserseitige Erschließung ist, lt. Punkt 6.5 in Ihrer Begründung, nicht notwendig. Der Verband hat keine Kenntnisse über womöglich vorhandene Leitungen auf den Privatgrundstücken.

Der Verband erhebt zum jetzigen Zeitpunkt weiterhin keine Einwände gegen die Zielstellung. Einem Bau einer Photovoltaik-Freiflächenanlage im OT Wainsdorf im genannten Bereich „Die vordersten Lange Stücke“ kann seitens des Wasser- und Abwasserverbandes Elsterwerda zugestimmt werden.

Die ausgewiesenen Flächen SO 1.3 und SO 1.4 befinden sich im ausreichenden Abstand zu Anlagen des Verbandes Elsterwerda. Betreffend der neuen Ausgleichsmaßnahme CEF 3 in Flur 1, Flurstück 8 und Teile aus Flurstück 10 der Gemarkung Wainsdorf, erhebt der Verband keine Bedenken.

Bei der Beantragung der Leitungsauskunft durch den ausführenden Baubetrieb ist die o. g. Registriernummer dieser Leitungsauskunft mit anzugeben.

Im Zuge der weiterführenden Planung bzw. bei Vorliegen der Genehmigungsplanung ist der Verband abschließend zu beteiligen, um eventuell sich ergebene Konfliktpunkte prüfen zu können.

In Bezug auf ein südliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland (SO 1.1, SO 1.2, SO 2) liegen dem Wasser- und Abwasserverband Elsterwerda noch keine Planungsunterlagen vor.



Anlagen: Auszug aus dem Bestand (Lageplan)

Plan und Recht GmbH

Von: [REDACTED]
Gesendet: Dienstag, 5. August 2025 09:33
An: beteiligung@planundrecht.de
Betreff: Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf",
nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland - erneute Beteiligung nach
§§ 4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB

V/5.2-2398(5.Erg.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland stimmen wir zu. Es sind keine Gewässer II. Ordnung in unserer Unterhaltungspflicht betroffen.

[REDACTED]
[REDACTED]
Gewässerverband Kleine Elster-Pulsnitz
Finsterwalder Straße 32a
03249 Sonnewalde

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

50Hertz Transmission GmbH – Heidestraße 2 – 10557 Berlin

Plan und Recht GmbH
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf, nördliches Teilgebiet
Portalnummer: 671389
Ihre Projektbezeichnung: PJ 339 PV Wainsdorf nördliches Teilgebiet

Sehr geehrte [REDACTED]

Nach Prüfung der von Ihnen eingerichteten Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Umspannwerke, Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden.

Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.

Wird das Vorhaben geändert oder nicht innerhalb von zwei Jahren begonnen, ist eine erneute Anfrage über das infrest Leitungsauskunftsportal erforderlich.

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und bedarf deshalb keiner Unterschrift. Die Stellungnahme ist somit gültig.

Freundliche Grüße

50Hertz Transmission GmbH

Netzauskunft

DATENSCHUTZHINWEIS:

Ihre persönlichen Daten verarbeiten wir gemäß EU Datenschutz-Grundverordnung, weitere Informationen siehe <https://www.50hertz.com/de/Footer/Datenschutz>

50Hertz Transmission GmbH

Netzbetrieb

Heidestraße 2
10557 Berlin

Datum
29.07.2025

Unser Zeichen
ADB

Ansprechpartner/in
50Hertz Netzauskunft

Ihre Zeichen
Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT
Wainsdorf, nördliches Teilgebiet

Ihre Nachricht vom
29.07.2025

Vorsitzende des Aufsichtsrates
[REDACTED]

Geschäftsführer
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Sitz der Gesellschaft
Berlin

Handelsregister
Amtsgericht Charlottenburg
HRB 84446

Bankverbindung
BNP Paribas, NL FFM
BLZ 512 106 00
Konto-Nr. 9223 7410 19
IBAN:
DE75 5121 0600 9223 7410 19
BIC: BNPADEFF

USt.-Id.-Nr. DE813473551

GDMcom GmbH | Maximilianallee 4, 04129 Leipzig

Plan und Recht GmbH
Konstantin Schuttließ
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

E-Mail

leitungsauskunft@gdmcom.de

Unser Zeichen

PE-Nr.: 07972/25
Reg.-Nr.: 07972/25

**PE-Nr. bei weiterem
Schriftverkehr bitte unbedingt
angeben!**

Datum

29.07.2025

Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf, nördliches Teilgebiet

**Ihre Anfrage/n
vom:**

BIL 18.07.2025

an:

ONTRAS

Ihr Zeichen:

20250728-0808, PJ 339 Freiflächen Photovoltaik Wainsdorf, nördliches Teilgebiet

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:

Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Bernburg/OT Peissen	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein

¹⁾ Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).

²⁾ Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.

Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!

Anhang - Auskunft Allgemein

zum Betreff: **Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf, nördliches Teilgebiet**

PE-Nr.: 07972/25

Reg.-Nr.: 07972/25

ONTRAS Gastransport GmbH
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)
VNG Gasspeicher GmbH
Erdgasspeicher Peissen GmbH

Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s.

Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.

Auflage:

Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen.

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.

Weitere Anlagenbetreiber

Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.

- Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig. -

Plan und Recht

Von: [REDACTED]
Gesendet: Montag, 21. Juli 2025 07:50
An: beteiligung@planundrecht.de
Betreff: WG: Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf",
nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland - erneute Beteiligung nach
§§ 4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB
Anlagen: 250718_Anschreiben.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Anfrage haben wir geprüft. Es befinden sich keine Wärmeversorgungsleitungen und Datenkabel der Danpower im gekennzeichneten Bereich.

Rufen Sie gerne an, wenn Sie Fragen dazu haben.

Wichtiger Hinweis:

Bitte ab sofort das Postfach „leitungsauskunft@danpower.de“ für Anfragen benutzen – Danke!

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Danpower Energie Service GmbH
Betriebsstelle Großenhain
Am Bobersberg 12
01558 Großenhain

[REDACTED]

[REDACTED]

Amtsgericht Potsdam
HRB 25060 P
USt-IdNr.: DE812642489



Von: beteiligung@planundrecht.de <beteiligung@planundrecht.de>

Gesendet: Freitag, 18. Juli 2025 09:11

An: [REDACTED]@planundrecht.de; [REDACTED]

Betreff: Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland - erneute Beteiligung nach §§ 4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB



**ABFALLENTSORGUNGSVERBAND
SCHWARZE ELSTER**

Der Verbandsvorsteher

Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster

Körperschaft des öffentlichen Rechts
Hüttenstraße 1c, 01979 Lauchhammer
Telefon: 03574 4677 - 0
Telefax: 03574 4677 - 201
E-Mail: aev@schwarze-elster.de


Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster, Hüttenstraße 1c, 01979 Lauchhammer

**Plan und Recht
Oderberger Str. 40
10435 Berlin**

Bankverbindung:
Sparkasse Niederlausitz
IBAN: DE22 1805 5000 3020 0002 88
BIC: WELADED10SL

www.schwarze-elster.de

Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland

Sehr geehrter 

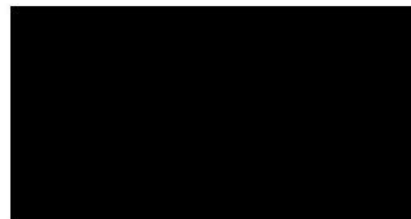
mit Ihrer E-Mail vom 18.07.2025 wurde der Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Die Entsorgung von haushaltsähnlichen Abfällen obliegt gemäß § 20 KrWG i.V.m. § 3 BbgAbfBodG dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers für das Plangebiet erfüllt der Abfallentsorgungsverband Schwarze Elster, Hüttenstraße 1c, 01979 Lauchhammer.

Da für Photovoltaik-Freiflächenanlagen keine öffentliche Ver- und Entsorgung benötigt wird, haben wir keine Einwände oder Hinweise zum Vorhaben.

Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Gemeinsame Landesplanungsabteilung
Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 | 14467 Potsdam

Gemeinde Röderland
Fachbereich I
Am Markt 1
04932 Röderland

Per E-Mail an: info@gemeinde-roederland.de

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8,
14467 Potsdam

Internet: gl.berlin-brandenburg.de

Datum: 30.07.2025
Gesch.-Z.: 11-GL5-4614-5-008/2024-001/005
Dokument Nr.: A-2025-00080152

Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ – Nördliches Teilgebiet

GL-Reg.-Nr. 0485/2025
Verfahrensstand: Planentwurf, Stand Juli 2025
Gemeinde / Ortsteil: Röderland / Wainsdorf
Kreis: Elbe-Elster
Region: Lausitz-Spreewald

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Beteiligung durch Plan & Recht, Berlin, vom 18.07.2025 geben wir folgende Stellungnahme ab:

☐
☒

Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beurteilung der Planungsabsicht auf Grundlage der Landesplanung:

☒
☐
☐
☐

Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen

Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung

Anpassung an Ziele der Raumordnung nur unter u. g. Voraussetzungen möglich

u. g. Grundsätze der Raumordnung sind nachvollziehbar in die Abwägung einzustellen

Erläuterungen:

Wir verweisen auf unsere Stellungnahmen vom 06.06.2023 und 05.04.2024 zum Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ (GL-Reg.-Nr. 0409/2023). In unserer Stellungnahme vom 26.09.2024 wurde für das südliche Teilgebiet bestätigt, dass keine Ziele der Raumordnung entgegenstehen.

Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht

Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, (GVBl. I S. 235)

Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)

Dienstsitze

AL/SAL/GL 1, 2, 3, 5, 6
GL 4

14467 Potsdam
03046 Cottbus

Henning-von-Tresckow-Str. 2-8
Gulbener Straße 24

Telefon

0331-866-8701
0331-866-8789

Fax

0331-866-8703
0331-866-8799

ÖPNV

Alter Markt/ Landtag | Potsdam Hbf
Juri-Gagarin-Straße

Bindungswirkung

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.

Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.

Hinweise

- Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.
- Die GL äußert sich im Rahmen der Behördenbeteiligung¹ an kommunalen Bauleitplanungen zu den Inhalten der Landesplanung (LEPro 2007, LEP HR, Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS), Braunkohlenplanung). Die Belange der Regionalplanung, insbesondere auch die beachtenspflichtigen regionalplanerischen Ziele, werden durch die Regionale Planungsgemeinschaft vertreten. Die Regionale Planungsgemeinschaft ist als Träger öffentlicher Belange durch die Kommune direkt zu beteiligen.
- Wir bitten, **Beteiligungen** zu Bauleitplanverfahren nur **in digitaler Form durchzuführen** (E-Mail oder Download-Link) und dafür **ausschließlich unser Referatspostfach** zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de.
- Wir bitten, **Mitteilungen über das Inkrafttreten** von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die **Einstellung von Verfahren** nur **in digitaler Form** (E-Mail oder Download-Link) zu senden an unser **Referatspostfach** gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de sowie zur Aktualisierung des Raumordnungskatasters/PLIS zusätzlich an das LBV/Raumbeobachtung: PLIS@lbv.brandenburg.de.
- Plan- bzw. Kartenunterlagen sollen - neben dem pdf-Format - für eine Übernahme der für die GL relevanten Geometrien von Bauleitplänen in das Planungsinformationssystem (PLIS) zusätzlich im Dateiformat XPlanGML² ab Version 5.0 übermittelt werden. In Hinblick auf die elektronische Aktenführung sind Text- oder GIS-Dateien in einem Format ohne Verschlüsselung bei Speicherung zu übermitteln.
- Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/wp-content/uploads/Info-personenbezogene-Daten-GL-5.pdf>.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.

¹ Mit Inkrafttreten des geänderten Landesplanungsvertrages am 01.08.2024 ist die bisherige Mitteilung der Ziele der Raumordnung durch die GL entfallen (vgl. <https://bravors.brandenburg.de/vertraege/lplv> sowie das Rundschreiben der GL vom 03.09.2024 zur Aufstellung von Bauleitplänen nach Änderung des Raumordnungs- und Landesplanungsrechts: <https://gl.berlin-brandenburg.de/umsetzung-der-raumordnungsplaene/anpassung-der-bauleitplanung-an-die-ziele-der-raumordnung/>).

² Dateiformat XPlanGML zur Anwendung vorgeschrieben seit Oktober 2017, vgl. Beschluss IT-Planungsrat: <https://www.it-planungsrat.de/beschluss/beschluss-2017-37>; Erläuterungen zum XPlanungs-Format sind im Pflichtenheft unter: <https://lbv.brandenburg.de/datenerfassung-24777.html> einsehbar. Fragen können gerichtet werden an: LBV-XPlanung@LBV.Brandenburg.de

Plan und Recht
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Versand nur per E-Mail an:
beteiligung@planundrecht.de

**Außenstelle
Cottbus**

Internet: www.lbv.brandenburg.de
E-Mail: LBV-TOEB@LBV.Brandenburg.de

Cottbus, 30.07.2025

**Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“,
nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland OT Wainsdorf
Erneute Beteiligung der Behörden gemäß § 4a Abs. 3 BauGB
Ihre Nachricht vom 18. Juli 2025**

Sehr geehrte Damen und Herren,

den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren“ (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17. Juni 2015, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27, vom 15. Juli 2015, S. 575) geprüft.

Die gegenüber dem Entwurf (Stand März 2024) zwischenzeitlich in die Planungsunterlagen eingearbeiteten Änderungen habe ich zur Kenntnis genommen. U. a. wurde der Geltungsbereich aufgrund der Betroffenheit einiger Teilflächen von Fachplanungen der Deutschen Bahn geteilt.

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplans, mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage im nördlichen Teilgebiet geschaffen werden sollen, bestehen aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes weiterhin keine Einwände.

Eine Berührung von Belangen der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV erfolgt durch die Änderungen nicht.

Belange des zivilen Luftverkehrs betreffend verweise ich auf die Stellungnahme der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV) im Verfahren.

Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.



LAND BRANDENBURG

Landesbetrieb Straßenwesen | Lindenallee 51
Brandenburg

Plan und Recht GmbH
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

beteiligung@planundrecht.de

| 15366 Hoppegarten



Landesbetrieb
Straßenwesen

Dezernat Planung Süd
Dienststätte Cottbus
Von-Schön-Straße 11
03050 Cottbus

Postanschrift:
Landesbetrieb Straßenwesen
Brandenburg
Lindenallee 51
15366 Hoppegarten

Internet: www.ls.brandenburg.de

Cottbus, 26.08.2025

Autobahn A 15 AS Cottbus-West
Cottbus Hbf. Tram Linie 3

**Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage –
OT Wainsdorf“, nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland
*Erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
nach den §§4a Abs. 3 und 4 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie
erneute Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß §2 Abs. 2 BauGB
(Entwurf, Stand Juli 2025)***

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Prüfung der zur Verfügung gestellten Unterlagen zum Entwurf (Juli 2025) den
o. gen. Bebauungsplan (B-Plan) der Gemeinde Röderland betreffend, ergeht
seitens des Landesbetriebes Straßenwesen Brandenburg (LS) folgende
Stellungnahme:

Die Hinweise bzgl. der Verkehrserschließung, der anbaurechtlichen sowie der
naturschutzrechtlichen Belange aus der Stellungnahme des LS vom 18.04.2024
wurden in den Entwurf der Begründung vom Juli 2025 aufgenommen und finden
bei der weiteren Planung Berücksichtigung.

Ausdrücklich verweise ich noch einmal auf folgenden Punkt:

Für die Errichtung der Anlage ist ein Antrag auf Baustellenzufahrt für die
entsprechende Zufahrt an der L 59 zu stellen. Diese gilt im Sinne des § 18 und in
Verbindung mit § 22 BbgStrG als gebührenpflichtige Sondernutzung. Hierzu ist
durch den Bauherrn ein separater Antrag auf Sondernutzung an den LS,
Dienststätte Cottbus, SG Straßenverwaltung Süd,
Funktionspostfach ls-sondernutzung-sued@ls.brandenburg.de rechtzeitig
(mindestens 4 Wochen) vor Baubeginn zu stellen. Dem Antrag ist die genaue
Stationierung der benötigten Zufahrt beizufügen. Abschließende Auflagen werden
im Rahmen der Sondernutzung erteilt.

Seitens des LS gibt es somit keine weiteren Hinweise und Einwände. Eine erneute Beteiligung ist in jeder weiteren Planungsphase erforderlich.

Freundliche Grüße
Im Auftrag



Von: beteiligung@planundrecht.de
An: [REDACTED]
Betreff: Fwd: WG: Entwurf Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet //
Az.: GV 2024:166b // KORREKTUR
Datum: Mittwoch, 1. Oktober 2025 09:19:56
Anlagen: [OutlookEmoji-173945706664146973abc-fab2-4755-b084-9299abe8d658.png](#)
[OutlookEmoji-173945706664101ee134f-28a5-438b-85be-b43aac8bb0c7.png](#)

----- Originalnachricht -----

Betreff: WG: Entwurf Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage -
OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet // Az.: GV 2024:166b //
KORREKTUR

Datum: 2025-07-21 08:29

An: <beteiligung@planundrecht.de>

Sehr geehrter [REDACTED],
vielen Dank für die erneute Beteiligung an o. g. Verfahren.
Unsere fachliche Stellungnahme vom 22.04.2024, Az.: GV 2024:166 behält weiterhin
vollinhaltlich ihre Gültigkeit.

Mit besten Grüßen

--

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Wünsdorfer Platz 4-5
D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)
Fon: [REDACTED]
Fax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]

Brandenburgisches Landesamt
für Denkmalpflege und
Archäologisches Landesmuseum

Denkmalpflege.
MehrWert
als du denkst.

50 Jahre Europäisches Denkmalschutzjahr

Die E-Mail-Adresse dient nur dem Empfang einfacher Mitteilungen, sie eröffnet keinen Zugang für digital signierte und / oder verschlüsselte Dokumente.
Informationen zum Datenschutz gem. Artikel 13, 14 DSGVO finden Sie unter:
<https://bldam-brandenburg.de/datenschutz/>

Von: [REDACTED]

Gesendet: Montag, 21. Juli 2025 08:25

An: beteiligung@planundrecht.de

Cc: [REDACTED]

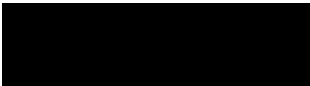
Betreff: Entwurf Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet // Az.: GV 2024:166b

Sehr geehrter Herr Arndt,

vielen Dank für die erneute Beteiligung an o. g. Verfahren.

Unsere fachliche Stellungnahme vom 10.10.2024, Az.: GV 2024:166 behält weiterhin vollinhaltlich ihre Gültigkeit.

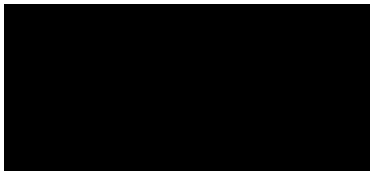
Mit besten Grüßen



--

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag



Wünsdorfer Platz 4-5

D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)

Fon: 

Fax: 

E-Mail: 

Brandenburgisches Landesamt
für Denkmalpflege und
Archäologisches Landesmuseum

Denkmalpflege.
MehrWert
als du denkst.

50 Jahre Europäisches Denkmalschutzjahr



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Plan und Recht GmbH
Bauleitplanung Entwicklungsplanung Regionalplanung
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 05.08.2025

**Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördlicher
Teilbereich der Gemeinde Röderland**
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 18.07.2025
- Begründung mit Änderungen, 07/ 2025
- Planzeichnung mit Änderungen, 07.07.2025
- Umweltbericht. 04.03.2025
- Artenschutzfachbeitrag, 04.03.2025
- Blendgutachten, 14.08.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Die fachliche Zu-

ständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Elbe/ Elster.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Dieses Dokument wurde am 05.08.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördlicher Teilbereich der Gemeinde Röderland
Ansprechpartner*In:	██████████
Referat:	T25
Telefon:	██████████
E-Mail:	TOEB@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen
Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
a) Einwendung
b) Rechtsgrundlage
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts
a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:
b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen
a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger

Auswirkungen
b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<p>Sachstand Planung:</p> <p>Die Planaufstellung erfolgt zur Schaffung von Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage nordwestlich des Ortsteils Wainsdorf der Gemeinde Röderland. Hierfür wird eine ca. 8,7 ha große Fläche westlich der Bahntrasse und der Bundesstraße 101 überwiegend als Sonstiges Sondergebiet mit Zweckbestimmung „Photovoltaik“ festgesetzt. Die Planfläche ist Teil weiterer Planungen zur Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen westlich von Wainsdorf.</p> <p>Das geplante Sondergebiet befindet sich außerhalb von Siedlungsbereichen und wird im Osten durch den Bahndamm der Bahnstrecke Berlin-Dresden sowie einen Feldweg begrenzt. Quer durch den Geltungsbereich verläuft von Südwest nach Nordost eine 110 kV-Freileitungstrasse. Südlich besteht die Planfläche für den Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", südliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland und westlich grenzen Landwirtschafts- und Gehölzflächen an.</p> <p>Die nächstgelegene Wohnbebauung besteht ca. 60 m entfernt östlich entlang der Berliner Straße (Wohnhäuser Nr. 32a und 34).</p> <p>Nach dem aktuell wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Röderland ist das Plangebiet als Fläche für Landwirtschaft dargestellt. Die Änderung des FNP erfolgt im Parallelverfahren.</p> <p>Stellungnahme:</p> <p><u>Rechtsgrundlagen:</u></p> <p><i>Gemäß § 50 Satz 1 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikel 3 Nummer 13 der Richtlinie 2012/18/EU in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete und unter dem</i></p>	

Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude, soweit wie möglich vermieden werden.

Die Planunterlagen zum Entwurf vom Juli 2025 wurden hinsichtlich der Übereinstimmung mit den Erfordernissen des vorbeugenden Immissionsschutzes geprüft. In die Prüfung einbezogen wurde das von der SolPEG GmbH Hamburg mit Datum vom 14.08.2023 erarbeitete Blendgutachten der SolPEG GmbH Hamburg. Im Ergebnis der Prüfung werden nachfolgende Hinweise und Bewertungen übermittelt.

1. Zum Blendgutachten

Nördlich der Landstraße L59 (Am Tunnel) und westlich der Bahntrasse Berlin-Dresden ist auf einer Fläche von insgesamt ca. 16 ha (Planflächen nördlicher und südlicher Teil) eine PV-Anlage geplant. Die Modultische sollen nach Süden ausgerichtet mit einem Neigungswinkel von bis zu 20° und einer maximalen Höhe von ca. 3,50 m errichtet werden. Zwischen den einzelnen Modulreihen wird ein Mindestabstand von 3,00 m vorgesehen. Die nächstgelegenen Immissionsorte befinden sich im Ortsteil Wainsdorf östlich der Bahntrasse.

Durch das Ingenieurbüro SolPEG wurde ein Blendgutachten vom 14.8.2023 erstellt, in dem die Blendwirkungen an schutzbedürftigen Räumen und auf den Straßen- und Schienenverkehr untersucht wurden.

Im Blendgutachten wurde die PV-Anlage als Solarpark Präsen bezeichnet. Was den Gebietszuschnitt angeht bezieht sich das Gutachten auf einen mittlerweile überholten Planungsstand, dies wurde jedoch in der Planbegründung nachvollziehbar erläutert.

Die Beurteilung von Blendwirkungen durch PV-Anlagen an schutzbedürftigen Räumen ist gemäß Ziffer 8.4 der in Brandenburg per Erlass eingeführten Licht-Leitlinie (Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen vom 16.4.2014) durchzuführen. Zur Ermittlung der Immissionen (Blendzeiträume) wird dabei von idealisierten Annahmen ausgegangen:

- Die Sonne ist punktförmig.
- Das Modul ist ideal verspiegelt, das heißt es kann das Reflexionsgesetz „Einfallswinkel gleich Ausfallswinkel“ angewendet werden.
- Die Sonne scheint von Aufgang bis Untergang, das heißt die Berechnung liefert die astronomisch maximal möglichen Immissionszeiträume.

Eine erhebliche Belästigung im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) durch die maximal mögliche astronomische Blenddauer unter Berücksichtigung aller umliegenden Photovoltaikanlagen kann gemäß der Licht-Leitlinie vom 16. April 2014 vorliegen, wenn diese mindestens 30 Minuten am Tag oder 30 Stunden pro Kalenderjahr beträgt. Hierzu wurde im Blendgutachten ein Immissionsort P6 (Berliner Str. 32 in Wainsdorf) untersucht. Für diesen P6 wurde zwar die Einhaltung des nach der Lichtleitlinie empfohlenen Tageswertes (30 Minuten) prognostiziert, der Jahreswert kann allerdings mit mehr als 50 Stunden pro Jahr deutlich überschritten werden.

Aktuell befindet sich westlich und östlich der Bahntrasse, die zwischen dem Plangebiet und der

Wohnsiedlung Wainsdorf liegt, ein abschirmender Busch- und Baumbestand. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass nach der aktuellen Planung der Deutschen Bahn zum Streckenausbau der Bahnverbindung Berlin-Dresden (Baubeginn 2027) östlich des Plangebietes entlang der Bahnlinie eine Lärmschutzwand errichtet werden soll.

Fazit:

Sollte der derzeit vorhandene Busch- und Baumbestand erhalten bzw. eine Lärmschutzwand entlang der Bahnlinie errichtet werden, ist aus immissionsschutzfachlicher Sicht mit keinen erheblichen Belästigungen durch die PV-Anlage zu rechnen.

Hinweis:

Die Überprüfung der Einwirkung auf den Straßen- und Schienenverkehr liegt nicht in der immissionsschutzfachlichen Zuständigkeit.

2. Zu den Planunterlagen

Die wesentlichen Ergebnisse des erarbeiteten Fachgutachtens (Blendgutachten) sind in der Planbegründung beschrieben und bewertet. Darüber enthält der Umweltbericht vom 04.03.2024 Beschreibungen und Bewertungen zu den für das Schutzgut *Klima/Luft* (Kapitel 5.4) sowie für das Schutzgut *Mensch/Kultur- und Sachgüter* (Kapitel 5.6) wesentlichen Umweltwirkungen. Hierzu bestehen in Bezug auf das betrachtete Plangebiet keine Ergänzungsanforderungen.

Die Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlage ihre Gültigkeit.

Dieses Dokument wurde am 05.08.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.



LBGR | Postfach 10 09 33 | 03 00 9 Cottbus

Bauleitplanung Entwicklungsplanung Regionalplanung Plan und
Recht GmbH
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Inselstraße 26, 03046 Cottbus

Internet: lbgr.brandenburg.de

Mail: lbgr@lbgr.brandenburg.d
e

Cottbus, 08. August 2025

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

A Allgemeine Angaben

74.21.42-27-729 B-Plan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland

Ihr Schreiben (E-Mail) vom 18 Jul 2025 - (kein Aktenzeichen)

Anhørungsfrist: 11.08.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung/Vorhaben wie folgt:

B Stellungnahme

- 1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:**

Keine.

- 2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:**

Keine.

- 3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:**

Überweisungen an:

Landesbank Hessen-Thüringen
Kontoinhaber: Landeshauptkasse
Potsdam
Konto-Nr.: 711 040 174 7
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE 43 3005 0000 7110 4017

47

BIC-Swift: WELADEDXXX

Geologie:

Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.

Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).

Auf das Anzeigeportal des LBGR <https://bohranzeige-brandenburg.de> wird verwiesen.

Hinweise:

Innerhalb des LBGR wird die Bearbeitung / Darstellung des TöB – Beteiligungsprozesses komplett digital abgebildet. Für eine effiziente, widerspruchsfreie und fristgerechte Bearbeitung des TöB – Prozesses im LBGR ist es dabei notwendig, das Datenaustauschformat XPlan zur Unterstützung eines verlustfreien Austausches von Bauleitplänen, Raumordnungsplänen und Landschaftsplänen zwischen unterschiedlichen IT-Systemen zu nutzen. Dieses Format ist seit dem 5. Oktober 2017 vom IT-Planungsrat gemäß §12 des Gesetzes über die elektronische Verwaltung im Land Brandenburg (Brandenburgisches E-Government-Gesetz - BbgEGovG) verbindlich als Austauschstandard im Planungsbereich festgelegt worden. Ergänzend besteht die Möglichkeit, die Planungsflächen bei Beteiligungsverfahren als GIS Standard shape EPSG – Code 25833 zu übersenden.

Eine Übersendung einfacher pdf-Dokumente als Planungsgrundlage und Darstellung der Planungsflächen genügt diesen Ansprüchen nicht! Zur weiteren Generalisierung des TöB-Prozesses ist zukünftig bei Beteiligungen des LBGR, vorrangig das Bauleitplanungsportal des Landes Brandenburg und zwingend die E-Mail-Adresse lbgr@lbgr.brandenburg.de zu nutzen. Nur unter dieser E-Mail-Adresse ist ein ständiger Datenabruf im Vertretungs- oder Krankheitsfall etc. gewährleistet.

Durch die zunehmende Anzahl von Beteiligungen des LBGR an Bauleitplanungsverfahren, ist eine fristgerechte Bearbeitung der TöB – Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach dem Baugesetzbuch im Land Brandenburg (TöB-Runderlass - TöB-RdErI) nur unter den Voraussetzungen einer digitalen Datenbereitstellung der Planungsflächen möglich.

Freundliche Grüße
Im Auftrag

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig



LAND BRANDENBURG



Zentraldienst
Polizei Brandenburg

Zentraldienst der Polizei Brandenburg | Am Baruther Tor 20 | 15806 Zossen

Plan und Recht GmbH
Bauleitplanung Entwicklungsplanung
Regionalplanung
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Kampfmittelbeseitigungsdienst

Am Baruther Tor 20 Haus 5
15806 Zossen



Internet: www.polizei.brandenburg.de
kampfmittelbeseitigungsdienst@polizei.brandenburg.de

Zossen, 23.07.2025

Ortsname: **Röderland - Wainsdorf**

Straße:

Flur: Flurstück:

Vorhaben: **Bebauungsplan "Erweiterung Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf" der Gemeinde Röderland - Beteiligung nach §§ 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB, Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet der Gemeinde R...**

Ihr Zeichen:

Reg. / RPL-Nr.: **202529460000**

(bei Schriftwechsel bitte angeben)

Ihr Schreiben vom: **18.07.2025**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Beplanung des o. g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände.
Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittel-freiheitsbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.

Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.

Neuerungen bei der Verlegung von Medienträgern

Für die Verlegung von Medienträgern und die damit verbundenen erforderlichen Bodeneingriffe in Bestandstrassen in Kampfmittelverdachtsgebieten ist eine Freistellung von Anträgen auf Grundstücksüberprüfung möglich.

Weitere Hinweise hierzu finden Sie unter nachfolgendem Link:

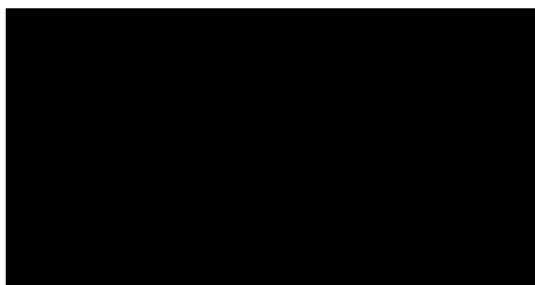
Link: <https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Merkblatt%20Freistellung.pdf>

Telefonische Erreichbarkeit Bürgerservice: Dienstags und Donnerstags: 09:00-12:00 und 13:00-15:00 Uhr

Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

Die Datenschutzerklärung finden Sie unter dem folgenden Link :
<https://polizei.brandenburg.de/seite/datenschutzerklaerung-fuer-kampfmittelfr/1295899>

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Landkreis Elbe-Elster | Postfach 17 | 04912 Herzberg (Elster)

Plan und Recht GmbH
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

per E-Mail: beteiligung@planundrecht.de

Bereich
Kreisentwicklungsamt
SG Kreisentwicklung
Unsere Zeichen
61 08 02 410/ 221-2025
Ihre Zeichen

Straße, Haus-Nr., Ort
Ludwig-Jahn-Str. 2, 04916 Herzberg

E-Mail
toeb@lkee.de

Datum
8. August 2025

Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“, nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland

Erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach den §§ 4a Abs. 3 und 4 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie erneute Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

**Beteiligung des Landkreises Elbe-Elster als Träger öffentlicher Belange
Stellungnahme**

Sehr geehrter 

mit E-Mail vom 18. Juli 2025 verwiesen Sie auf Unterlagen zu dem o. g. Vorhaben und bitten den Landkreis Elbe-Elster um Stellungnahme bis zum 11. August 2025.

Sie erläutern:

Im Ortsteil Wainsdorf der Gemeinde Röderland sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage geschaffen werden. Dazu hat die Gemeinde Röderland den Beschluss gefasst, den Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“ aufzustellen.

Das Planverfahren wird im Regelverfahren mit Umweltprüfung durchgeführt.

Nach der Veröffentlichung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurde insbesondere die vorgezogene Ausgleichsmaßnahme für die festgestellten Vorkommen der Feldlerche angepasst. In der Folge sollen keine sog. „Feldlerchenfenster“ mehr im Bebauungsplan festgesetzt werden. Weitere Änderungen beziehen sich auf den Geltungsbereich, die überbaubaren Grundstücksflächen und die Abgrenzung einzelner Teilgebiete. Der Entwurf des Bebauungsplans einschließlich dazugehöriger Begründung und Umweltbericht stehen Ihnen unter

<https://www.planundrecht.de/?site=download>

Für die (rechtssichere) E-Mail-Kommunikation beachten Sie bitte die Hinweise im Impressum auf unserer Webseite.

Kontakt
T. 03535 460
F. 03535 3133
www.lkee.de

Bankverbindung
Sparkasse Elbe-Elster
IBAN DE61 1805 1000 3300 1011 14
BIC WELADED1EES

Sprechzeiten
Di 8-12 Uhr und 13-17 Uhr
Do 8-12 Uhr und 13-16 Uhr
oder nach Vereinbarung



zum Download zur Verfügung.

Gemäß § 4a Abs. 3 BauGB ist bei einer erneuten Veröffentlichung die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen angemessen zu verkürzen.

Bitte nehmen Sie innerhalb von drei Wochen, spätestens aber bis zum **11.08.2025** zu den Planunterlagen Stellung. Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme zu den Änderungen und Ergänzungen des Entwurfs sowie zu ihren Auswirkungen elektronisch an unsere E-Mail-Adresse beteiligung@planundrecht.de.

Die erneute Veröffentlichung des Entwurfs gemäß der §§ 4a Abs. 3 und 3 Abs. 2 BauGB erfolgt vom 14. August – 3. September 2025.

Der Landkreis Elbe-Elster als Träger öffentlicher Belange bezog folgende Fachbereiche in die Erarbeitung seiner Stellungnahme ein:

1. untere Denkmalschutzbehörde
2. untere Bauaufsichtsbehörde
3. Gesundheitsamt
4. Straßenverkehrsamt
5. untere Naturschutzbehörde
6. untere Wasserbehörde
7. untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde
8. Sachgebiet Landwirtschaft im Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft
9. Kataster- und Vermessungsamt
10. Brandschutzdienststelle im Ordnungsamt
11. Bereich Straßenbenutzung im Immobilienmanagement (Kreisstraßen)

Die Fachbereiche der Kreisverwaltung des Landkreises Elbe-Elster äußern sich wie folgt:

Die untere Denkmalschutzbehörde (Bearbeiterin: [REDACTED] Telefon: [REDACTED]) gibt den Hinweis:

Zu beiden o.g. Vorgängen (Röderland B-Plan "Erweiterung Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf" und Röderland B-Plan „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf) liegen der unteren Denkmalschutzbehörde die Stellungnahmen der Denkmalfachbehörde (BLDAM, Abt. BD, Referat Großvorhaben/Sonderprojekte/Braunkohle, Wünsdorf) mit Az.: GV 2024:166 v. 22.04.2024 sowie Az.: GV 2024:408 v. 11.12.2024 an die Plan und Recht GmbH, Berlin, vor.

Diese Stellungnahmen behalten weiterhin vollinhaltlich ihre Gültigkeit.

Die untere Bauaufsichtsbehörde (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: [REDACTED]) gibt folgende Stellungnahme ab:

Zu den vorgelegten Bebauungsplanunterlagen werden keine Bedenken vorgetragen. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, dass die im vorliegenden Bebauungsplanentwurf (BPL) vorgesehene Konzeption der bedingten Festsetzungen zur Berücksichtigung der Belange der Bahn (Planfeststellungsbeschluss „ABS Berlin-Dresden, 2. Baustufe; Strecke 6135: Berlin - Elsterwerda, Strecke 6248: Dresden - Elsterwerda; Planfeststellungsabschnitt 3.1; Str. 6135 km 122,1+49 - km 124,5+63, Str. 6248 km 50,3+60 - km 46,9+40“)

plausibel ist unter Berücksichtigung des zeitlichen Kontext (Beräumung der Baustelleneinrichtungsfläche voraussichtlich 2029). Damit wird einem wesentlichen Planungsbelang im Planverfahren ausreichend Rechnung getragen.

Es werden jedoch nochmals einzelne Hinweise zu den Planunterlagen benannt, die im weiteren Planungsprozess zu prüfen bzw. zu berücksichtigen sind:

1. Es ist klarstellend nochmals zu überprüfen, ob das Pflanzgebot A gemäß textlicher Festsetzung 6 vollständig vor dem Hintergrund des o.g. Planfeststellungsbeschlusses vollzogen werden kann oder ob hier ggf. ebenfalls eine bedingte Festsetzung für den Vollzug des östlichen Pflanzgebots getroffen werden muss.

In diesem Zusammenhang wird auch weiterhin angeregt, die Mindestpflanzqualität „leichte“ Sträucher und Heister zumindest in der städtebaulichen Begründung (oder/und Umweltbericht) zu erläutern werden (ggf. Festsetzung einer Mindesthöhe der Pflanzware denkbar oder Regelung der Pflanzqualität über städtebaulichen Vertrag korrespondierend zu den „umweltplanerischen Maßnahmen“ lt. Planurkunde).

2. Der Regelungsgehalt von Satz 2 der textlichen Festsetzung 5 lässt sich nicht abschließend erkennen. Soweit der Satz 2 nicht entbehrlich ist, sollte er in der städtebaulichen Begründung unter Kap. 7.5 nochmals erläutert werden.
3. Es wird angeregt zu prüfen, ob in den Festsetzungskatalog die Inanspruchnahme von § 19 Abs. 5 BauNVO ausdrücklich aufgenommen wird unter dem Vorbehalt, dass die baugrundstücksbezogene Grundflächenzahl baugebietsbezogen eingehalten wird (lt. Kap. 7.3 der städtebaulichen Begründung des BPL bereits beabsichtigt).
4. Es wird angeregt, auch die Mindestbreite der Kleintierdurchlässe in S. 2 der textlichen Festsetzung Nr. 9 zu regeln.
5. Es wird angemerkt, dass Batteriespeicheranlagen lt. vorliegender BPL-Entwurfsfassung und eigener Leseart weder als Hauptanlagen (Korrektur der textlichen Festsetzung Nr. 1, Abs. 3), noch als Nebenanlagen im Sondergebiet SO „Photovoltaik“ zulässig sind. Sofern diese Anlagen aber doch in einem untergeordneten Maß zulässig sein sollen, empfehlen sich entsprechende Klarstellungen im Planwerk. Die in der Umweltprüfung benannte Vermeidungsmaßnahme 9 könnte als entsprechendes Indiz einer solchen Absicht gewertet werden.
6. Im nachgelagerten Baugenehmigungsverfahren soll gemäß den Vermeidungsmaßnahmen 9 und 10 die immissionsschutzrechtliche Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Belangen der Flora nachgewiesen werden, wobei nicht klar ist, welche „Ziel bzw. Grenzwerte“ hier erreicht bzw. eingehalten werden sollen.
7. Die bisherigen Hinweise zum Bebauungsplanverfahren sollten grundsätzlich nochmals geprüft werden.

Das Gesundheitsamt (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46 [REDACTED]) äußert sich wie folgt:

Die Stellungnahme des Gesundheitsamtes Elbe-Elster bezieht sich auf die von Ihnen am 18.07.2025 eingereichten Unterlagen mit den entsprechenden Plänen und Erläuterungen.

Die Errichtung der o. g. Photovoltaikanlage ist in der Gemarkung Wainsdorf, nordwestlich des Ortskerns,

geplant. Gegen das o. g. Vorhaben besteht von Seiten des Gesundheitsamtes bei fach- und sachgerechter Ausführung keine grundsätzlichen Bedenken.

Die Photovoltaikanlage ist so zu erstellen, zu betreiben und zu kontrollieren, dass nachteilige Auswirkungen auf die Gesundheit der Wohnanlieger, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, ausgeschlossen werden.

Wir machen darauf aufmerksam, dass durch unsere Stellungnahme andere Zuständigkeitsbereiche nicht berührt werden.

Das Straßenverkehrsamt (Reg.-Nr.: 2025U00355, Bearbeiter: [REDACTED], Tel. 035341 97-[REDACTED]) äußert sich wie folgt:

Vorschriften der StVO und des BbgStrG stehen der Änderung des BP grundsätzlich nicht entgegen. Die Flächen sind verkehrlich erschlossen.

Das geplante Vorhaben grenzt nördlich an die B101 und wird südlich über die L 59 außerhalb der Ortsdurchfahrt erschlossen. Somit ist § 24 BbgStrG zwingend zu berücksichtigen.

Die untere Naturschutzbehörde (Az.: 63-30901-25-126, Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) gibt folgende Stellungnahme ab:

1. Einwendungen

1.1 Widerspruch zwischen Begründung und Umweltbericht

Der aktuell zur Beurteilung vorliegende Nordbereich der PV-Freiflächenanlage im Ortsteil Wainsdorf war ursprünglich mit der südlich befindlichen PV-FFA als eine Gesamtanlage geplant. Durch das parallel verlaufende Planfeststellungsverfahren der deutschen Bahn zur Ausbaustrecke Berlin – Dresden wurde die Gesamtanlage in zwei einzelne Planvorhaben (Süd- und Nordbereich) aufgeteilt. Der Südbereich der PV-FFA ist bereits baurechtlich genehmigt.

Zur Beurteilung des o.g. Planvorhabens liegt eine separat für den Nordbereich angepasste Begründung (Stand Juli 2025) vor. Der eingereichte Umweltbericht (Stand März 2024) bezieht sich auf die damals geplante Gesamtfläche (Süd- und Nordbereich), wodurch sich Aussagen im Umweltbericht mit Aussagen in der Begründung widersprechen.

Anfänglich war im Rahmen der Planfeststellung die Nordfläche des PV-Parks für eine Baustelleneinrichtungsfläche sowie für die Herstellung einer CEF-Maßnahme für Zauneidechsen (Habitataufwertung) vorgesehen.

In der aktuellen Begründung zum B-Plan (Stand Juli 2025) wird erläutert, dass durch Abstimmungen mit der deutschen Bahn die für die Ausbaustrecke Berlin – Dresden benötigte Baustelleneinrichtungsfläche auf einen Streifen von 50m Breite parallel zur bestehenden Bahntrasse reduziert wurde. Die CEF-Maßnahme für Reptilien wurde laut aktueller Begründung auf eine Fläche außerhalb der Plangebiets verlegt. Eine genaue Position wird dabei nicht genannt.

Der für das aktuelle Planvorhaben eingereichte Umweltbericht ist auf dem Stand, dass das nördliche PV-Plangebiet als Fläche für artenschutzrechtliche CEF-Maßnahmen (Habitataufwertung Reptilien) und für Baustelleneinrichtungsflächen im Planverfahren der deutschen Bahn genutzt wird. Weiterhin wird im Umweltbericht erläutert, dass kein Rückbau der Habitataufwertung nach Baufertigstellung des

Bahnvorhabens erfolgt, sondern nur ein Rückbau der Schutzzäunung. Somit würde die Umsetzung des aktuell im Nordbereich geplanten PV-Parks artenschutzrechtliche Konflikte auslösen (Zerstörung geschützter Reptilien Lebensstätten).

Durch die widersprüchlichen Aussagen zwischen Begründung und Umweltbericht kann abschließend nicht nachvollzogen werden, ob mit dem Planvorhaben artenschutzrechtliche Konflikte gem. §44 Abs.1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ausgelöst werden. Eine abschließende Stellungnahme seitens der unteren Naturschutzbehörde ist somit derzeit nicht möglich.

Zur abschließenden Prüfung von artenschutzrechtlichen Verboten im aktuellen Planvorhaben ist der Umweltbericht an das aktuelle Planvorhaben anzupassen und hinsichtlich der aktuellen naturschutzrechtlich relevanten Absprachen zwischen Projektträger und der deutschen Bahn zu ergänzen.

1.2 Heidelerche

Im Rahmen der faunistischen Erfassung (Stand März 2024) wurde ein Brutplatz der Heidelerche im aktuellen Plangebiet festgestellt. In der Begründung werden keine artspezifischen Ausgleichsmaßnahmen für die Heidelerche dargelegt. Somit kann nicht abschließend geprüft werden, ob durch das Planvorhaben artenschutzrechtliche Verbote gem. §44 Abs.1 BNatSchG (Zerstörung geschützter Lebensstätten) ausgelöst werden.

Hinweis:

Es besteht die Möglichkeit Lebensstätten für Heidelerchen innerhalb von Solarparks zu kompensieren, da die Heidelerche eine höhere Toleranz gegenüber Vertikalstrukturen hat als die Feldlerche. Für ein Heidelerchenhabitat ist eine lückige bis schütterte Grasflur notwendig (Vegetationshöhe 5cm), die in Abständen mit höheren Grasbüscheln (Vegetationshöhe 10-30cm für potentielle Neststandorte) durchsetzt werden.¹

Die Herstellung von Lebensstätten für die Heidelerche kann z.B. mit der Maßnahme A1 (Herstellung einer artenreichen Dauerbegrünung) umgesetzt werden, bedarf dahingehend jedoch einer Konkretisierung. Insbesondere muss dargestellt werden, wie durch die Vorbereitung des Bodens, Begrünungsmethoden und Entwicklungs-/Folgepflege ein für die Heidelerche optimiertes Habitat hergestellt werden kann.

Dahingehend wird das Hinweisheft des Kompetenzzentrum für Naturschutz und Energiewende für die Etablierung von artenreichem Grünland empfohlen:

<https://www.naturschutz-energiewende.de/publikationen/artenreiches-gruenland-im-solarpark-etablieren-aber-wie/>

Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Pflege des Solarparks durch den Solarparkbetreiber bei festgestellten Brutvogellebensstätten artenschutzrechtliche Verbote berührt werden können, da die Betreiber keiner landwirtschaftlichen Privilegierung unterliegen. Folglich ist das Pflegekonzept unter Berücksichtigung des Artenschutzes so anzupassen, dass keine artenschutzrechtlichen Verbote gem. §44 Abs.1 BNatSchG ausgelöst werden (insb. bei Flächenmähd). Bitte beachten Sie hierbei die artspezifische Brutzeit der Heidelerche gem. dem Niststättenerlass Brandenburg.

¹ https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/gruppe/voegel/massn_stat/103037 (Landesamt für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen, zuletzt abgerufen am 07.08.25)

Es wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass bei der Etablierung von Grünland in Solarparks die Vorgaben der Brandschutzdienststelle zu beachten sind. Dieses Verlangen im Rahmen ihrer TÖB-Stellungnahme (Stand Juni 2023) eine grundsätzliche Kurzhaltung der Vegetation.

Arten- und Brandschutz dürfen sich im B-Planverfahren nicht gegenseitig ausschließen.

1.3 Schutzgut Boden

Laut der Planzeichnung wird im Sondergebiet SO 1.3 eine GRZ von 0,55 und im Sondergebiet SO 1.4 eine GRZ von 0,6 festgesetzt. Eine Überschreitung der GRZ nach § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO wird durch die Festsetzung TF3 ausgeschlossen. Demnach darf im Sondergebiet SO 1.3 55 % der Fläche und im SO 1.4 60 % der Fläche überbaut und versiegelt werden. Eine Versiegelungsregelung, dass nur 3 - 5 % der Fläche im Zuge der Errichtung der PV-Anlage durch Aufständigung/Ständerbauweise versiegelt werden dürfen, ist den textlichen Festsetzungen in der Planzeichnung nicht zu entnehmen. Demnach muss eine Versiegelung in Höhe der GRZ angenommen werden. Lediglich im Umweltbericht wird auf Seite 52 argumentiert, dass „der Versiegelungsgrad mit maximal 3 % der Flächen anzunehmen sein wird“. Da dies aktuell nicht textlich festgesetzt ist, ist ein Ausgleich für die Versiegelung entsprechend der GRZ vorzuhalten.

2. Folgende Hinweise sind für das Planvorhaben zu beachten:

2.1 Feldlerche

Durch das parallel verlaufende B-Planverfahren Erweiterung PV-Wainsdorf (Stand Juli 2025) ist bekannt, dass zum Ausgleich von Feldlerchenhabitaten im Rahmen der Maßnahme CEF 3 (Umwandlung einer Kurzumtriebsplantage zu Blühflächen mit Schwarzbrachestreifen) eine Ausgleichsfläche für insgesamt 15 Feldlerchenreviere hergestellt wird. Die Gesamtanzahl an Revieren ergibt sich aus der Summe der festgestellten Feldlerchenhabitate aus den PV-Parks Präsen Nord, Präsen Süd und Präsen Erweiterung.

In der aktuellen Begründung bezieht sich die CEF Maßnahme 3 auf den Verlust von sechs Brutrevieren im PV-Park Präsen Süd. Hier ist die CEF-Maßnahme entsprechend der aktuellen Gegebenheiten und den festgestellten Feldlerchenbestand im Plangebiet zu korrigieren.

2.2 TF- Herstellung von Sichtschutzhecken

Im Rahmen der Festsetzung TF6 (Sichtschutzhecken) ist die Anpflanzung von gewöhnlichem Liguster geplant. Gewöhnlicher Liguster ist kein Gehölz, dass in der Liste der in Brandenburg gebietseigenen Gehölzarten aufgeführt ist.

2.3 A1- Herstellung einer artenreichen Dauerbegrünung

Die in der Begründung angegebenen Flurstücke 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 30, 32, 33, 34, 37 zur Herstellung einer artenreichen Dauerbegrünung befinden sich im südlichen Plangebiet des PV-Parks, die nicht Teil der aktuellen Planung für das nördliche Teilgebiet sind.

2.5 VA8 -Artenschutzfachlich optimiertes Solarparkdesign zur dauerhaften Sicherung der Funktion des Lebensraums von Bodenbrüter

Im Umweltbericht ist auf Seite 60 noch die artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahme V8 zum Ausgleich von Feldlerchen innerhalb des Solarparks aufgeführt, die in der aktuellen Begründung verworfen wird.

2.6 CEF3 - Umwandlung einer Kurzumtriebsplantage (KUP) zu Blühflächen mit angrenzenden Schwarzbrachestreifen

Zur planerischen Bewältigung des Artenschutzes bedarf es der rechtlichen und dinglichen Sicherung der externen Maßnahmenflächen für die Feldlerche. In den Planungsunterlagen zu den jeweiligen Bebauungsplänen muss vor Satzungsbeschluss der städtebauliche Vertrag zwischen der Stadt/ Kommune/ Gemeinde und dem Investor vorliegen. Grundsätzlich müssen die jeweiligen Maßnahmen im städtebaulichen Vertrag konkret genannt werden, z. B. durch die Angabe der Maßnahmenblätter aus dem Umweltbericht bzw. Artenschutzfachbeitrag. Weiterhin muss der Nachweis der rechtlichen Verfügbarkeit der Fläche (Angaben zum Eigentümer/Landnutzer und zum Verhältnis zwischen diesem und dem Investor – Vorlage des Nutzungs-/ Pachtvertrages o. ä.) und die Eintragung einer dinglichen Sicherung zum o. g. Zeitpunkt vorliegen.

Die untere Wasserbehörde (Bearbeiter: [REDACTED] Telefon: [REDACTED]) hat keine Einwände gegen die Planung.

Die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (Bearbeiter: [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) stimmt dem Vorhaben ohne weitere Hinweise und Ergänzungen zu.

Das Kataster- und Vermessungsamt (Bearbeiterin: Frau [REDACTED] Telefon: 03535 46-[REDACTED]) teilt mit:

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und Vorhaben- und Erschließungsplänen ist die Verwaltungsvorschrift zur Herstellung von Planunterlagen für Bauleitpläne und Satzungen nach § 34 Absatz 4 und § 35 Absatz 6 des Baugesetzbuches (Planunterlagen VV) vom 16. April 2018 (ABl./18, [Nr. 17], S.389) zu beachten.

Die Gemeinde soll ihre Absicht, einen Bauleitplan aufzustellen, zu ändern oder zu ergänzen, der zuständigen Katasterbehörde zum frühestmöglichen Zeitpunkt mitteilen. Die Katasterbehörden sollen die Gemeinden hinsichtlich geeigneter Planunterlagen und gegebenenfalls erforderlicher Vermessungsarbeiten beraten. Für die Herstellung der Planunterlagen für Bebauungspläne sind grundsätzlich die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure oder die Katasterbehörden zuständig, sofern der Bebauungsplan Bezug auf Flurstücksgrenzen nimmt.

Der Bebauungsplan soll Angaben über die Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke in Übereinstimmung mit dem Liegenschaftskataster, die vorhandenen baulichen Anlagen, die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze sowie Geländehöhen enthalten (§ 1 Absatz 2 PlanZV). Die Planunterlage wird daher auf der Grundlage der Liegenschaftskarte hergestellt. Die Genauigkeit der Planunterlage muss dem Zweck, der mit dem Bebauungsplan verfolgt wird, entsprechen. Kartengrundlage und Planzeichnung sollen so genau sein, dass sich die Festsetzungen widerspruchsfrei und mit der dem Maßstab der Planzeichnung entsprechenden Genauigkeit auf die örtlichen Verhältnisse übertragen lassen. Die geometrisch eindeutige Darstellung erfordert den Anschluss an das amtliche Lage- und Höhenbezugssystem.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Herstellung der Planunterlagen für Bebauungspläne sowie Vorhaben- und Erschließungspläne im Rahmen der Aufstellung ein Katastervermerk von Seiten des Kataster- und Vermessungsamtes bzw. von einem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur(in) regelmäßig zu erbringen ist, welcher über die geometrische Qualität der Planungsunterlage Auskunft gibt.

Der Katastervermerk ist auf dem Original des Bebauungsplanes vor dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan zu bestätigen.

Die Brandschutzdienststelle des Ordnungsamtes (Bearbeiter: Herr [REDACTED] Tel. 03535 [REDACTED]) gibt folgende Hinweise:

Für die Photovoltaikanlage ist flächendeckend ein Löschwasservorrat von 48 m³/h (800 l/min) für eine Zeit von 2 Stunden nachzuweisen. Die benötigten Löschwasserentnahmestellen dürfen dabei nicht weiter von einer abzulöschenden Fläche als 300 m entfernt sein (in Schlauchlänge gemessen).

Termin: Fertigstellung

Rechtsgrundlage: BbgBO § 4 i. V. m. BbgBKG § 3 (1) Pkt. 1

Die Löschwassermenge ist in den Antragsunterlagen nicht konkret benannt, deshalb nochmals der Hinweis. Die weiteren Hinweise aus der Stellungnahme vom 19.04.2024 wurden in den Antragsunterlagen berücksichtigt.

Weitere Auflagen/ Hinweise etc. werden im Zuge des Genehmigungsverfahrens erteilt.

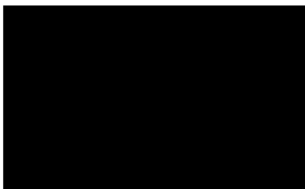
Der Bereich Straßenbenutzung im Immobilienmanagement (Bearbeiterin: Frau [REDACTED], Telefon: 03535 46-[REDACTED]) teilt mit:

Durch das Vorhaben ist keine Kreisstraße betroffen.

Die Gültigkeit von weiteren Rechtsvorschriften bleibt von dieser Stellungnahme unberührt. Sie ersetzt weder erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen noch privatrechtliche Zustimmungen und Vereinbarungen.

Die Stellungnahme verliert bei wesentlicher Änderung der Planungsgrundlagen ihre Gültigkeit.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



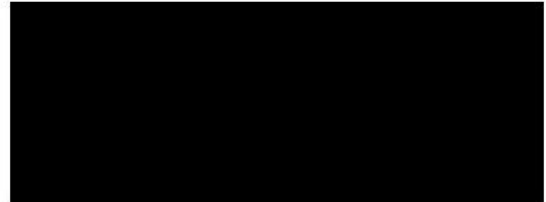
Regionale Planungsstelle

Gulbener Straße 24 03046 Cottbus

Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald
PF 10 07 44 03007 Cottbus

Internet: www.region-lausitz-spreewald.de
e-mail: poststelle@region-lausitz-spreewald.de

Plan und Recht
Oderberger Straße 40
10435 Berlin



Unser Zeichen: 6k/ec_597_2025

Cottbus, 15.08.2025

In der Beantwortung unseres Schreibens wird um die
Angabe unseres Aktenzeichens gebeten.

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

hier: Ihr Schreiben vom 18.07.2025

Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde: Röderland
Amt:
Landkreis: Elbe-Elster
Planbezeichnung: **Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage OT Wainsdorf -
Erweiterung“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Regionalen Planungsgemeinschaften sind nach dem „Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 (GVBl. I/12, [Nr. 13]), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Mai 2024 (GVBl. I/24, [Nr. 20])“ Träger der Regionalplanung.

Für die Stellungnahme gelten die folgenden Grundlagen:

- Sachlicher Teilregionalplan II „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“, veröffentlicht am 26. August 1998 im Amtlichen Anzeiger für Brandenburg Nr. 33
- Aufstellungsbeschluss des integrierten Regionalplanes der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald vom 20.11.2014
- Sachlicher Teilregionalplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“, bekanntgemacht am 22. Dezember 2021 im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 50
- Entwurf des sachlichen Teilregionalplanes „Windenergienutzung“, gebilligt am 14.09.2023

Vorsitzender: Landrat Siegurd Heinze, Landkreis Oberspreewald-Lausitz
Stellvertreter: Oberbürgermeister Tobias Schick, Stadt Cottbus/Chóšebuz
Stellvertreter: Bürgermeister Gerald Lehmann, Stadt Luckau

Leiter der
Reg. Planungsstelle: Carsten Maluszczyk

Tel (03 55) 49 49 77-0

Bankverbindung: Sparkasse Spree-Neiße

BLZ: 130 500 00

Konto: 3205 100 165

IBAN: DE90180500003205100165

BIC: WELADED1CBN

- ☒ *keine Einwendungen*
- ☐ *Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit (Beachtungspflicht rechtskräftiger Regionalpläne)*
- ☐ *Einwendungen mit Berücksichtigungspflicht auf Grundlage von Regionalplanentwürfen, eigenen Entwicklungskonzepten und informellen Planungen*
- ☐ *Hinweise*

Mit freundlichen Grüßen





DB AG - DB Immobilien
Tröndlinring 3 04105 Leipzig

Plan und Recht GmbH
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

DB AG - DB Immobilien
Baurecht II
CR.R 32
Tröndlinring 3
04105 Leipzig

www.deutschebahn.com/Eigentumsmanagement

Allgemeine Mail-Adresse:
DB.DBImm.Baurecht-Suedost@deutschebahn.com
Aktenzeichen: TOEB-BB-25-213664

08.08.2025

**Landkreis Elbe-Elster, Gemeinde Röderland
Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“,
nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die DB AG, DB Immobilien, als von DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG / DB Station & Service AG) bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren.

Das Planungsvorhaben wird seitens der Deutschen Bahn und ihrer Konzernunternehmen abgelehnt. Die Gründe werden im Folgenden erläutert. Wir behalten uns Rechtsmittel vor, sollte dieser Ablehnung nicht entsprochen werden.

Nach Prüfung der Unterlagen halten wir an unserer **Ablehnung** des Bebauungsplans fest. Es konnten zwar einzelne Punkte ausgeräumt, wesentliche Bedenken bestehen weiterhin und wurden in der Abwägung nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Dies sind insbesondere:

- Die geforderte Überarbeitung des Blendgutachtens erfolgte bislang nicht. Der Einwand bzgl. drehbarer Solarmodule bleibt mit Verweis auf den Planvollzug unbeantwortet, das Blendgutachten wiederum unterstellt eine ausschließliche Ausrichtung gen Süden. Dieser Widerspruch ist zu beseitigen. Entweder sind im B-Plan drehbare Module auszuschießen oder das Blendgutachten hat diese zu berücksichtigen
- Der von uns geforderte Erhalt des bahnlinken Feldwegs wurde nicht berücksichtigt. Der Verweis auf den Planvollzug ist hier unzureichend, da im B-Plan der Weg in Teilen von einer Baumpflanzung überplant wird. Wir verweisen an der Stelle auf unsere Anmerkungen zum Brandschutz; der Erhalt des Feldweges schafft zugleich einen entsprechenden Abstand zwischen Bahnkörper und PV-Anlage
- Zu konkreten Maßnahmen des Brandschutzes fehlen jegliche Aussagen

...

Deutsche Bahn AG | Sitz: Berlin | Registergericht: Berlin-Charlottenburg
HRB 50 000 | USt-IdNr.: DE 811569869 | Vorsitz des Aufsichtsrats: Werner Gatzert
Vorstand: Dr. Richard Lutz (Vorsitz), Berthold Huber, Dr. Daniela Gerd tom Markkotten, Dr. Sigrig Evelyn Nikutta, Evelyn Palla, Dr. Michael Peterson, Martin Seiler





Die Stellungnahmen der früheren Beteiligungen behalten weiterhin Ihre Gültigkeit.

Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit und die Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden.

Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.

Für sämtliche Schäden, die der Deutschen Bahn AG aus der Baumaßnahme entstehen, haftet der Antragsteller in vollem Umfang.

Sämtliche Kosten, die der DB AG aus der Baumaßnahme entstehen, sind vom Antragsteller zu tragen und werden gesondert in Rechnung gestellt. Die Abrechnung erfolgt nach den „Allgemeinen Vertragsbedingungen für außertarifliche Leistungen der DB AG (AVBL)“.

Wir verweisen auf die Sorgfaltspflicht des Bauherrn. Für alle zu Schadensersatz verpflichtenden Ereignisse, welche aus der Vorbereitung, der Bauausführung und dem Betrieb des Bauvorhabens abgeleitet werden können und sich auf Betriebsanlagen der Eisenbahn auswirken, kann sich eine Haftung des Bauherrn ergeben.

Wir empfehlen daher vor Baubeginn eine erneute Beteiligung der DB AG, DB Immobilien, bei allen Baumaßnahmen durch den Bauherrn.

Bei Bauten, die nicht im Genehmigungsverfahren errichtet werden, ist die DB als Nachbar am Verfahren zu beteiligen.

Die Beteiligungen und Anfragen sind an die folgende Stelle zu richten:

Deutsche Bahn AG

DB Immobilien

Tröndlinring 3

04105 Leipzig

E-Mail: DB.DBImm.Baurecht-Suedost@deutschebahn.com

Mit freundlichen Grüßen

DB AG - DB Immobilien

+++ Datenschutzhinweis: Aus aktuellem Anlass möchten wir Sie darauf hinweisen, dass die in Stellungnahmen des DB Konzerns enthaltenen personenbezogenen Daten von DB Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vor- und Nachname, Unterschriften, Telefon, E-Mail-Adresse, Postanschrift) vor der öffentlichen Auslegung (insbesondere im Internet) geschwärzt werden müssen. +++

[Chatbot Petra](#) steht Ihnen bei allgemeinen Fragen rund um immobilienrelevante Angelegenheiten gerne zur Verfügung.

Nutzen Sie dafür folgenden Link oder den QR-Code: <https://chatbot-petra.tech.deutschebahn.com/>





Eisenbahn-Bundesamt, Postfach 41 05 64, 12115 Berlin

Plan und Recht
Oderberger Str. 40
10435 Berlin

Per Mail an beteiligung@planundrecht.de

Internet: www.eisenbahn-bundesamt.de

Datum: 22.07.2025

Geschäftszeichen (bitte im Schriftverkehr immer angeben)

EVH-Nummer:

51122-511pt/057-2312#014

Betreff: Aufstellung des Bebauungsplanes „Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf, nördliches Teilgebiet“ in der Gemeinde Röderland

Bezug: Ihr Schreiben vom 18.07.2025

Anlagen: --

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Schreiben ist am 18.07.2025 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.

Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.

Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von der Planung der „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“, hier nördliches Teilgebiet, berührt. Die geplante Photovoltaik (PV)-Freiflächenanlage befindet sich im Osten in Parallellage zur Eisenbahn-Strecke 6248 Dresden-Friedrichstadt – Elsterwerda im Bereich von ca. km 46,800 bis ca. km 47,250 und reicht bis unmittelbar an die Grundstücksgrenze der Deutschen Bahn AG heran.

Hausanschrift:
Steglitzer Damm 117, 12169 Berlin
Tel.-Nr. +49 (30) 77007-0
Fax-Nr. +49 (30) 77007-5101
De-Mail: poststelle@eba-bund.de-mail.de

Überweisungen an Bundeskasse Trier
Deutsche Bundesbank, Filiale Saarbrücken
BLZ 590 000 00 Konto-Nr. 590 010 20
IBAN DE 81 5900 0000 0059 0010 20 BIC: MARKDEF1590
Leitweg-ID: 991-11203-07

Zur Gewährleistung eines sicheren und ungehinderten Eisenbahnbetriebes ist der sicherheitsrelevante Bereich an Bahnanlagen von Bebauung und Vegetation freizuhalten. Insbesondere in Bezug auf eine Bebauung mit Photovoltaik-Elementen ist zu beachten, dass eine Blendung der Triebfahrzeugführer auf der parallel geführten Strecke durch die Reflexionen der Photovoltaik-Elemente unbedingt auszuschließen ist.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es der Eisenbahninfrastrukturbetreiberin obliegt zu prüfen, ob bzw. inwieweit die Belange des Eisenbahnbetriebs, einschließlich der Instandhaltung der Bahnanlagen, mit der in Rede stehende Planung kollidieren.

In der Begründung zum Bebauungsplan führen Sie dazu aus, dass das laufende Planfeststellungsverfahren „ABS Berlin-Dresden, 2. Baustufe; Strecke 6135: Berlin – Elsterwerda, Strecke 6248: Dresden – Elsterwerda; Planfeststellungsabschnitt 3.1“ im Zuge der Bauleitplanung zu berücksichtigen ist. Die Planung der durch die DB InfraGO AG benötigten Baustelleneinrichtungsflächen sowie Ihre vorliegende Bauleitplanung wurden bereits in Abstimmung zwischen Ihnen und der DB InfraGO AG geändert und in der entsprechenden 1. PÄ zum PFA 3.1 ausgelegt. Ferner enthält Ihre Begründung Ausführungen zur Abhandlung des Themas Blendung von Triebfahrzeugführern durch die Lichtemissionen der PV-Anlage.

Ich bitte Sie in Ihrem Verfahren um weitere Abstimmungen mit der DB InfraGO AG (DB InfraGO AG, Projekt Berlin - Dresden 2. BA, Nahmitzer Damm 12, 12277 Berlin) sowie DB Energie GmbH als Träger öffentlicher Belange und der Deutschen Bahn AG DB Immobilien.

Forderungen der Eisenbahninfrastrukturunternehmen, die aus deren öffentlich-rechtlicher Betreiberverantwortung erwachsen, sind im Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Von: beteiligung@planundrecht.de
An: armdt@planundrecht.de
Betreff: Fwd: [sign] WG: Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland - erneute Beteiligung nach §§ 4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB
Datum: Mittwoch, 1. Oktober 2025 09:23:49
Anlagen: [250718_Anschreiben.pdf](#)

----- Originalnachricht -----

Betreff:[sign] WG: Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland - erneute Beteiligung nach §§ 4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB

Datum:2025-07-18 12:39

Von:<funkbetreiberauskunft@BNetzA.DE>

An:<beteiligung@planundrecht.de>

Kopie: [REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

Da eine Betroffenheit des Richtfunks durch die Planung unwahrscheinlich ist, erfolgt unsererseits keine weitere Bewertung. Ein möglicher Grund dafür ist:

1. Die Baumaßnahme weist eine geringe Bauhöhe auf. Es handelt sich dabei um einen Bebauungsplan mit einer Bauhöhe von unter 20 Meter bzw. um eine Planung einer Solar- / Photovoltaik-Freifläche. Eine Richtfunk-Untersuchung zu solchen Planungen ist nicht erforderlich.
2. Entweder ist die Bauhöhe unbekannt oder es handelt sich um eine Maßnahme mit einer unveränderten Bauhöhe. Zum Beispiel: Flurbereinigung, Landschafts- / Naturschutz, unterirdische Leitung oder Aufhebungsverfahren.
3. Flächennutzungspläne, Regionalpläne, Raumordnungspläne oder Entwicklungsprogramme sind planungsrechtliche Maßnahmen, die sich in einem früheren Planungsstadium befinden. Im nachgelagerten Verfahren wird konkrete Baumaßnahme erneut angefragt.

Bitte beachten Sie die Zuständigkeitstrennung bei der Bundesnetzagentur.

Für Planungs- oder Genehmigungsverfahren:

Zukünftig richten Sie bitte Ihre Anfragen zu Planungs- oder Genehmigungsverfahren an die zuständige Stelle unter folgender Adresse: Bundesnetzagentur, Referat 814, Postfach 80 01, 53105 Bonn oder unter der E-Mail-Adresse: verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de
Weitere Information entnehmen Sie bitte dem Link unter: www.netzausbau.de/Wissen/InformierenBeteiligen/VerfahrenDritter/de

Für eine Funkbetreiberauskunft vom Referat 226:

Zusätzlich haben Sie die Möglichkeit, eine Funkbetreiberauskunft (u. a. Richtfunk) gesondert per E-Mail an funkbetreiberauskunft@bnetza.de anzufragen.

Dafür schicken Sie uns das vollständig ausgefüllte Formular (als Anhang per E-Mail), welches Sie unter folgendem Link finden: www.bnetza.de/648280

Wichtig: Wir haben das Formular aktualisiert. Bitte verwenden Sie die aktuelle Version V 3-2.

Für eine Funkbetreiberauskunft ist die Angabe der Koordinaten zwingend erforderlich. Hierzu können Sie sich auch an den Planungsträger wenden.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Team Funkbetreiberauskunft

Referat 226
Richtfunk, Campusnetze, Flug- und Seefunk
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin
Telefon: 030 22480-439
E-Mail: funkbetreiberauskunft@bnetza.de
www.bundesnetzagentur.de/funkbetreiberauskunft

Datenschutzhinweis: www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz

planung@planundrecht.de>

[REDACTED] - OT Wainsdorf",
nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland - erneute Beteiligung nach §§
4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

im o.g. Verfahren werden Sie erneut als Nachbargemeinde bzw. als Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß der §§ 4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB an der Planung beteiligt. Bitte beachten Sie das beigefügte Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Plan und Recht GmbH

Bauleitplanung

Entwicklungsplanung

Regionalplanung

Oderberger Straße 40

10435 Berlin

Tel. 030 / 440 24 555

Fax 030 / 440 24 554

info@planundrecht.de <mailto:info@planundrecht.de>

Geschäftsführer

[REDACTED]

[REDACTED]

HRB 62449B Amtsgericht Charlottenburg

Umsatzsteuer-ID DE185077118

Diese E-Mail ist nur für den benannten Empfänger bestimmt und kann vertrauliche und/oder privilegierte Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der bestimmungsgemäße Empfänger sind, unterrichten Sie bitte den Absender. Bitte lesen, kopieren, nutzen oder offenbaren Sie keine der enthaltenen Informationen und löschen die E-Mail auf dem/den Computer(n) oder anderen Geräten, auf dem oder denen Sie sie empfangen haben.

This e-mail is intended only to the person or entity to which it is addressed and may be confidential and/or privileged. If you are not the intended recipient, please notify the sender and do not read, use, copy or disclose any information contained to others and delete it from the computer(s) or other equipment, on which you received it.

Hinweise zu unseren Datenschutzgrundsätzen finden Sie hier:

<http://www.planundrecht.de/?site=impressum>

Plan und Recht

Von: VMEE - Infrastruktur <Infra@verkehrsmanagement-elbeelster.de>
Gesendet: Freitag, 18. Juli 2025 09:45
An: beteiligung@planundrecht.de
Betreff: AW: Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf",
nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland - erneute Beteiligung nach
§§ 4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,
die VerkehrsManagement Elbe-Elster GmbH hat keine Einwendungen

Freundliche Grüße

[Redacted Signature]

VerkehrsManagement Elbe-Elster GmbH
Nach dem Horst 43, 03238 Finsterwalde
Tel: 03531/6500-0, Fax: 03531/61733
Web: <http://www.vmee.de>
<http://facebook.com/verkehrsmanagementelbeelster>
infra@vmee.de

Sitz der Gesellschaft: 03238 Finsterwalde Handelsregister beim Amtsgericht Cottbus HRB 2036
Geschäftsführer: [Redacted]

Wichtige Hinweise

Der Empfang von E-Mails durch die VerkehrsManagement Elbe-Elster GmbH erfolgt grundsätzlich über die Mail-Adresse info@verkehrsmanagement-elbeelster.de

Der Empfang von Dateianhängen ist auf eine Größe von 10 MB pro E-Mail begrenzt.



Bitte prüfen Sie vorher, ob ein Ausdruck dieser E-Mail wirklich nötig ist.

Von: . Sekretariat <Sekretariat@verkehrsmanagement-elbeelster.de>
Gesendet: Freitag, 18. Juli 2025 09:15
An: VMEE - Infrastruktur <Infra@verkehrsmanagement-elbeelster.de>
Betreff: WG: Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet der Gemeinde
Röderland - erneute Beteiligung nach §§ 4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB

- RÜCKANTWORT -

BLB | Müllroser Chaussee 48 | 15236 Frankfurt (Oder)

Plan und Recht GmbH
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

- Formblatt -

**Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und
vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 2 Baugesetzbuch)**

Vorbemerkung:

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen [X]

A. Allgemeine Angaben:

Stadt / **Gemeinde** / Amt **Röderland**

[] Flächennutzungsplan:

[X] Bebauungsplan: **Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – Ortsteil Wainsdorf“
Nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland**

[] Satzung über den Vorhaben- und Erschließungsplan:

[] sonstiges : _____

Fristablauf für die Stellungnahme am: **11.08.2025**

B. Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange:

Brandenburgischer Landesbetrieb
für Liegenschaften und Bauen
Facilitymanagement
Müllroser Chaussee 48
15236 Frankfurt (Oder)



☒ Keine Einwände

☐ Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.

(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

1. Einwendung:

.....

2. Rechtsgrundlage:

.....

3. Möglichkeit der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen):

.....

☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

.....

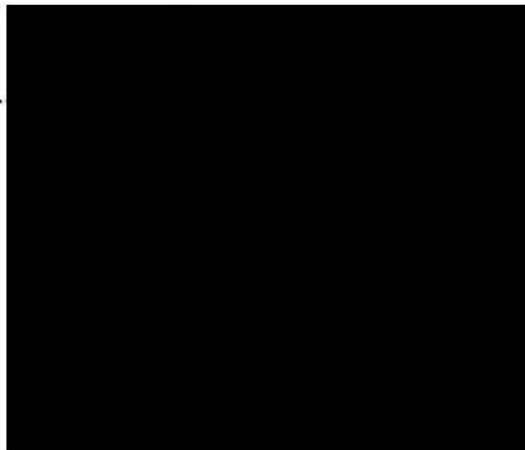
☐ Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage:

.....

Frankfurt (Oder),

07.08.2025

Datum,



Plan und Recht

Von: Stellungnahme <stellungnahme@hbb-ev.de>
Gesendet: Freitag, 18. Juli 2025 11:08
An: beteiligung@planundrecht.de
Betreff: Stellungnahme zum Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland

Sehr geehrten Damen und Herren,

der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. (HBB) bedankt sich für die Beteiligung am Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland.

Da die Belange des HBB bzw. des Handles hier nicht berührt werden, möchten wir von einer Stellungnahme absehen. Darüber hinaus bitten wir Sie freundlich, uns zukünftig nur dort zu einer Stellungnahme aufzufordern, wo Belange des Handles zumindest mittelbar betroffen sind.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]
Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V.
Haus des Handels
Mehringdamm 48
10961 Berlin
[REDACTED]



„DATENSCHUTZ: Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail.

Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser E-Mail ist nicht gestattet.

Ferner verweisen wir auf unsere Datenschutzrichtlinien, die jederzeit auf unserer Homepage unter www.hbb-ev.de/datenschutz.html eingesehen werden können. Anfragen und Anregungen bitte per E-Mail an: info@hbb-ev.de.

Wichtiger Hinweis: Diese E-Mail und etwaige Anlagen können Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, dem Anwaltsgeheimnis unterliegende oder sonstige vertrauliche Informationen enthalten. Sollten Sie diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, ist Ihnen der Status dieser E-Mails bekannt. Bitte benachrichtigen Sie uns in diesem Fall sofort durch Antwort-Mail und löschen Sie diese E-Mail nebst etwaigen Anlagen von Ihrem System. Ebenso dürfen Sie diese E-Mail oder seine Anlagen nicht kopieren oder an Dritte weitergeben.

Important Note: This e-mail and any attachment are confidential and may contain trade secrets and may well also be legally privileged or otherwise protected from disclosure. If you have received it in error, you are on notice of its status. Please notify us immediately by reply e-mail and then delete this e-mail and any attachment from your system. If you are not the intended recipient please understand that you must not copy this e-mail or any attachment or disclose the contents to any other person. Thank you for your cooperation."

Plan und Recht

Von: [REDACTED]
Gesendet: Freitag, 1. August 2025 10:19
An: 'beteiligung@planundrecht.de'
Betreff: AW: Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf",
nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland - erneute Beteiligung nach
§§ 4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung der Unterlagen.

Die Belange der Stadt Gröditz werden nicht berührt. Es bestehen keine Einwände gegen die Planung in der vorliegenden Fassung.

Bei Rückfragen stehe ich ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Stadtverwaltung Gröditz - Reppiser Straße 10 - 01609 Gröditz

web
www.stadt-groeditz.de



Stadt Gröditz

Lebendige Tradition. Erfrischend jung.

Von: beteiligung@planundrecht.de <beteiligung@planundrecht.de>

Gesendet: Freitag, 18. Juli 2025 09:11

An: [REDACTED]@planundrecht.de; [REDACTED]

Betreff: Bebauungsplan "Photovoltaik-Freiflächenanlage - OT Wainsdorf", nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland - erneute Beteiligung nach §§ 4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

im o.g. Verfahren werden Sie erneut als Nachbargemeinde bzw. als Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß der §§ 4a Abs. 3 i.V.m. 2 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB an der Planung beteiligt. Bitte beachten Sie das beigefügte Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen





BUNDESWEHR

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Fontainengraben 200 • 53123 Bonn

Plan & Recht GmbH
Oderberger Str. 40
10345 Berlin

Nur per E-Mail: betellung@planundrecht.de

Telefon

E-Mail

Datum,
22.07.2025

Betreff: Anforderung einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

hier: **Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“,**
nördliches Teilgebiet

Bezug: Ihr Schreiben vom 18.07.2025 - Ihr Zeichen: Ohne

Sehr geehrte Damen und Herren,

vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungs-
belange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens
der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



BUNDESAMT FÜR
INFRASTRUKTUR,
UMWELTSCHUTZ UND
DIENSTLEISTUNGEN DER
BUNDESWEHR

REFERAT INFRA I 3

Fontainengraben 200
53123 Bonn
Postfach 29 63
53019 Bonn

Tel. + 49 (0) 228 5504-0
Fax + 49 (0) 228 550489-5763
WWW.BUNDESWEHR.DE

Allgemeine Information:

Im Zuge der Digitalisierung bitte ich Sie, Ihre Unterlagen in digitaler Form (E-Mail / Internetlink) bereitzustellen. Diese Vorgehensweise führt zu einer effizienten Arbeitsweise und schont die Umwelt. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich um Übersendung als Datenträger (CD, DVD, USB-Stick). Postalisch übermittelte Antragsunterlagen werden nur auf ausdrücklichen Wunsch zurückgesandt.

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

INFRASTRUKTUR

Deutscher Wetterdienst - Postfach 60 05 52 - 14405 Potsdam

Plan und Recht GmbH
Oderberger Straße 40
10435 Berlin

Finanzen und Service

Ansprechpartner:



Geschäftszeichen:
PB24/07.59.04/PB24BB_
067-2025

UST-ID: DE221793973

Potsdam, 29. Juli 2025

Stellungnahme der Träger öffentlicher Belange

**Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“,
nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland**

**Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß
§§ 4 Abs. 2 und 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)**

Ihr Schreiben vom 18.07.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) bedanke ich mich für die Beteiligung als Träger öffentlicher Belange am Genehmigungsverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage – OT Wainsdorf“, nördliches Teilgebiet der Gemeinde Röderland und nehme hierzu wie folgt Stellung.

Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.

Das geplante Vorhaben beeinflusst nicht den öffentlich-rechtlichen Aufgabenbereich des Deutschen Wetterdienstes.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner:innen des DWD gerne zur Verfügung.

Hinweis: Wir möchten Sie bitten Ihre Anträge nebst Anlagen zukünftig in digitaler Form an die E-Mail-Adresse: PB24.TOEB@dwd.de zu senden. Sie helfen uns damit bei der Umsetzung einer nachhaltigen und digitalen Verwaltung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

